

Datenschutz nach DSGVO

Die personenbezogenen Daten jedes Einzelnen, der in Beziehung zu unserem Unternehmen steht, verdienen besonderen Schutz.

Wir halten die gesetzlichen Vorschriften zum Datenschutz ein. Nach Art. 13, 14 DSGVO treffen Unternehmen besondere Informationspflichten, wenn sie personenbezogene Daten erheben.

Dieses Dokument behandelt die Erfüllung der Informationspflichten im Falle der Erhebung von personenbezogenen Daten bei der betroffenen Person (Art. 13 DSGVO) oder aus anderen Quellen (Art. 14 DSGVO).

1. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen (Art. 13 (1) lit. A sowie Art. 14 (1) lit. a) DSGVO)

MASTERS Consulting GmbH
Am Mühlenteich 3
21465 Wentorf

Tel.: 040 72006471

E-Mail: info@masters-consulting.de

Webseite: www.masters-consulting.de

2. Zwecke, für die die personenbezogenen Daten verarbeitet werden sollen, sowie die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung (Art. 13 (1) lit. c) DSGVO)

Zweck der Verarbeitung personenbezogener Daten ist die Abwicklung sämtlicher Vorgänge, die den Verantwortlichen, Kunden, Interessenten, Geschäftspartner oder sonstige vertragliche oder vorvertragliche Beziehungen zwischen den genannten Gruppen (im weitesten Sinne) oder gesetzliche Pflichten des Verantwortlichen betreffen.

Art. 6 (1) lit. a) DSGVO dient unserem Unternehmen als Rechtsgrundlage für Verarbeitungsvorgänge, bei denen wir eine Einwilligung für einen bestimmten Verarbeitungszweck einholen. Ist die Verarbeitung personenbezogener Daten zur Erfüllung eines Vertrags, dessen Vertragspartei die betroffene Person ist, erforderlich, so beruht die Verarbeitung auf Art. 6 (1) lit. b) DSGVO. Gleiches gilt für solche Verarbeitungsvorgänge die zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen erforderlich sind, etwa in Fällen von Anfragen zur unseren Produkten oder Leistungen. Unterliegt unser Unternehmen einer rechtlichen Verpflichtung durch welche eine Verarbeitung von personenbezogenen Daten erforderlich wird, wie beispielsweise zur Erfüllung steuerlicher Pflichten, so basiert die Verarbeitung auf Art. 6 (1) lit. c) DSGVO.

Ist die Verarbeitung von personenbezogenen Daten erforderlich, um lebenswichtige Interessen der betroffenen Person oder einer anderen natürlichen Person zu schützen, dann beruht die Verarbeitung auf Art. 6 (1) lit. d) DSGVO. Dies wäre beispielsweise der Fall, wenn ein Besucher in unserem Betrieb verletzt werden würde und daraufhin sein Name, sein Alter, seine Krankenkassendaten oder sonstige lebenswichtige Informationen an einen Arzt, ein Krankenhaus oder sonstige Dritte weitergegeben werden müssten.

Verarbeitungsvorgänge beruhen auf Art. 6 (1) lit. f) DSGVO, wenn sie von keiner der vorgenannten Rechtsgrundlagen erfasst werden und die Verarbeitung zur Wahrung eines berechtigten Interesses unseres Unternehmens oder eines Dritten erforderlich ist, sofern die Interessen, Grundrechte und Grundfreiheiten des Betroffenen nicht überwiegen. Solche Verarbeitungsvorgänge sind uns insbesondere deshalb gestattet, weil sie durch den Europäischen Gesetzgeber besonders erwähnt wurden. Er vertrat insoweit die Auffassung, dass ein berechtigtes Interesse anzunehmen sein könnte, wenn die betroffene Person ein Kunde des Verantwortlichen ist (Erwägungsgrund 47 Satz 2 DSGVO).

3. Wenn die Verarbeitung auf Artikel 6 (1) lit. f) DSGVO beruht, die berechtigten Interessen, die von dem Verantwortlichen oder einem Dritten verfolgt werden (Art. 13 (1) lit. d) DSGVO)

Basiert die Verarbeitung personenbezogener Daten auf Artikel 6 (1) lit. f) DSGVO ist unser berechtigtes Interesse die Durchführung unserer Geschäftstätigkeit zugunsten des Wohlergehens all unserer Mitarbeiter.

4. Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten (Art. 13 (1) lit. e) DSGVO)

- Externe Stellen
zur Erfüllung buchhalterischer und steuerlicher Pflichten sowie zur Durchführung von Zertifizierungsprüfungen
 - Interne Verarbeitung
im Rahmen der geschäftlichen Abläufe
5. Empfänger in einem Drittland und geeignete oder angemessene Garantien und die Möglichkeit, eine Kopie von ihnen zu erhalten, oder wo sie verfügbar sind (Art. 14 (1) lit. f, 46 I, (2) lit. c) DSGVO)

Wir leiten personenbezogene Daten nicht an Drittländer weiter.

6. Dauer, für die die personenbezogenen Daten gespeichert werden oder, falls dies nicht möglich ist, die Kriterien für die Festlegung dieser Dauer (Art. 13 (2) lit. a) DSGVO)

Das Kriterium für die Dauer der Speicherung von personenbezogenen Daten ist die jeweilige gesetzliche Aufbewahrungsfrist. Nach Ablauf der Frist werden die entsprechenden Daten routinemäßig gelöscht, sofern sie nicht mehr zur Vertragserfüllung oder Vertragsanbahnung erforderlich sind.

7. Mitteilung der berechtigten Interessen, die vom Verantwortlichen oder einem Dritten verfolgt werden, wenn die Verarbeitung auf Art. 6 (1) lit. f DSGVO beruht (Art. 14 (2) lit. b) DSGVO)

Gemäß Art. 6 (1) lit. f DSGVO ist eine Verarbeitung nur rechtmäßig, wenn sie zur Wahrung der berechtigten Interessen des Verantwortlichen oder eines Dritten erforderlich ist, sofern nicht die Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Person, die den Schutz personenbezogener Daten erfordern, überwiegen. Nach Erwägungsgrund 47 Satz 2 DSGVO kann ein berechtigtes Interesse vorliegen, wenn eine maßgebliche und angemessene Beziehung zwischen der betroffenen Person und dem Verantwortlichen besteht, z. B. wenn die betroffene Person ein Kunde des Verantwortlichen ist. In allen Fällen in denen unser Unternehmen die Verarbeitung von personenbezogenen Daten auf Art. 6 (1) lit. f DSGVO stützt, liegt unser berechtigtes Interesse in der Durchführung unserer Geschäftstätigkeit zugunsten des Wohlergehens unserer Mitarbeiter.

8. Bestehen der Rechte auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung und des Widerspruchsrechts gegen die Verarbeitung sowie des Rechts auf Datenübertragbarkeit (Art. 13 (2) lit. b) DSGVO)

Alle Betroffenen haben die folgenden Rechte:

a) Auskunftsrecht

Jeder Betroffene hat ein Auskunftsrecht über die ihn betreffenden personenbezogenen Daten.

Das Auskunftsrecht erstreckt sich auf alle von uns verarbeiteten Daten. Das Recht kann problemlos und in angemessenen Abständen wahrgenommen werden, damit sich alle Betroffenen der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten stets bewusst sind und deren Rechtmäßigkeit überprüfen können (Erwägungsgrund 63 DSGVO). Dieses Recht ergibt sich aus Art. 15 DSGVO.

b) Recht auf Berichtigung

Nach Art. 16 Satz 1 DSGVO haben alle Betroffenen das Recht, von unserem Unternehmen unverzüglich die Berichtigung sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten zu verlangen. Zudem wird durch Art. 16 Satz 2 DSGVO normiert, dass dem Betroffenen unter Berücksichtigung der Verarbeitungszwecke das Recht zusteht, die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten - auch mittels einer ergänzenden Erklärung - zu verlangen.

c) Recht auf Löschung (Recht auf Vergessenwerden)

Im Übrigen steht Betroffenen ein Recht auf Löschung und Vergessenwerden nach Art. 17 DSGVO zu.

An dieser Stelle weisen wir darauf hin, dass dieses Recht nicht gilt, soweit die Verarbeitung zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, dem unser Unternehmen unterliegt, erforderlich ist, Art. 17 (3) lit. b) DSGVO. Dies bedeutet, dass wir einen Löschantrag erst nach Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungsfrist genehmigen können.

d) Einschränkung der Verarbeitung

Gemäß Art. 18 DSGVO steht jedem Betroffenen ein Recht auf Einschränkung der Verarbeitung zu. Eine Einschränkung der Verarbeitung kann verlangt werden, wenn eine der Voraussetzungen aus Art. 18 (1) lit. a)-d) DSGVO zutrifft.

e) Recht auf Widerspruch

Des Weiteren garantiert Art. 21 DSGVO das Recht auf Widerspruch.

f) Recht auf Datenübertragbarkeit

Art. 20 DSGVO gewährt dem Betroffenen ein Recht auf Datenübertragbarkeit. Nach dieser Vorschrift hat die betroffene Person unter den Voraussetzungen des Art. 20 (1) lit. a) und b) DSGVO das Recht, die sie betreffenden personenbezogenen Daten, die sie dem Verantwortlichen bereitgestellt hat, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten, und diese Daten einem anderen Verantwortlichen ohne Behinderung durch den Verantwortlichen, zu übermitteln.

9. **Bestehen des Rechts, die Einwilligung jederzeit zu widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird, sofern die Verarbeitung auf Art. 6 (1) lit. a) DSGVO oder Art. 9 (2) lit. a) DSGVO beruht (Art. 13 (2) lit. c) DSGVO)**

Beruht eine Verarbeitung personenbezogener Daten auf Art. 6 (1) lit. a) DSGVO, was der Fall ist, wenn die betroffene Person eine Einwilligung in eine Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten für einen oder mehrere bestimmte Zwecke erteilt hat oder beruht die Verarbeitung auf Art. 9 (2) lit. a) DSGVO, der die ausdrückliche Einwilligung in die Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten regelt, so hat die betroffene Person nach Art. 7 (3) Satz 1 DSGVO das Recht, ihre Einwilligung jederzeit zu widerrufen.

Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt, Art. 7 (3) Satz 2 DSGVO. Der Widerruf der Einwilligung muss so einfach wie die Erteilung der Einwilligung sein, Art. 7 (3) Satz 4 DSGVO. Daher kann der Widerruf der Einwilligung stets auf demselben Weg erfolgen, wie die Einwilligung erfolgte oder auf jede andere Art, die von der betroffenen Person als einfacher betrachtet wird. Sofern der Betroffene eine gegenüber uns erteilte Einwilligung widerrufen möchte, so ist eine einfache E-Mail hierfür ausreichend.

Alternativ kann die betroffene Person einen beliebigen anderen Weg wählen, um uns den Widerruf der Einwilligung mitzuteilen.

10. **Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde (Art. 13 (2) lit. d, 77 (1) DSGVO)**

Als Verantwortlicher sind wir verpflichtet, dem Betroffenen das Bestehen eines Beschwerderechts bei einer Aufsichtsbehörde mitzuteilen, Art. 13 (2) lit. d) DSGVO. Das Beschwerderecht wird in Art. 77 (1) DSGVO geregelt. Nach dieser Vorschrift hat jede betroffene Person unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, insbesondere in dem Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes, wenn die betroffene Person der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die Datenschutz-Grundverordnung verstößt. Das Beschwerderecht wurde durch den Gesetzgeber ausschließlich dahingehend beschränkt, dass es nur gegenüber einer einzigen Aufsichtsbehörde ausgeübt werden kann (Erwägungsgrund 141 Satz 1 DSGVO).

Diese Regelung soll Doppelbeschwerden in gleicher Sache durch die gleiche betroffene Person vermeiden. Sofern sich eine betroffene Person über uns beschweren möchte, wird deshalb darum gebeten, nur eine einzige Aufsichtsbehörde zu kontaktieren.

11. **Quelle aus der die personenbezogenen Daten stammen und gegebenenfalls ob sie aus öffentlich zugänglichen Quellen stammen (Art. 14 (2) lit. f) DSGVO)**

Grundsätzlich werden personenbezogene Daten direkt beim Betroffenen erhoben. Wir erheben grundsätzlich keine personenbezogenen Daten aus öffentlich zugänglichen Quellen.

Jeder Betroffene kann sich jederzeit an unseren Datenschutzbeauftragten wenden, um genauere Informationen über exakte Quellen der sie betreffenden personenbezogenen Daten zu erhalten. Kann der betroffenen Person nicht exakt mitgeteilt werden, woher die personenbezogenen Daten

stammen, weil verschiedene Quellen benutzt wurden, so wird die individuelle Unterrichtung allgemein gehalten (Erwägungsgrund 61 Satz 4 DSGVO).

12. Gesetzliche oder vertragliche Vorschriften zur Bereitstellung der personenbezogenen Daten; Erforderlichkeit für den Vertragsabschluss; Verpflichtung der betroffenen Person, die personenbezogenen Daten bereitzustellen; mögliche Folgen der Nichtbereitstellung (Art. 13 (2) lit. e DSGVO)

Wir klären Sie darüber auf, dass die Bereitstellung personenbezogener Daten zum Teil gesetzlich vorgeschrieben ist (z.B. Steuervorschriften) oder sich auch aus vertraglichen Regelungen (z.B. Angaben zum Vertragspartner) ergeben kann.

Mitunter kann es zu einem Vertragsschluss erforderlich sein, dass eine betroffene Person uns personenbezogene Daten zur Verfügung stellt, die in der Folge durch uns verarbeitet werden müssen. Die betroffene Person ist beispielsweise verpflichtet, uns personenbezogene Daten bereitzustellen, wenn unser Unternehmen mit ihr einen Vertrag abschließt. Eine Nichtbereitstellung der personenbezogenen Daten hätte zur Folge, dass der Vertrag mit dem Betroffenen nicht geschlossen werden könnte.

13. Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gem. Art. 22 I, IV DSGVO und - zumindest in diesen Fällen - aussagekräftige Informationen über die involvierte Logik sowie die Tragweite und die angestrebten Auswirkungen einer derartigen Verarbeitung für die betroffene Person (Art. 13 (2) lit. f DSGVO)

Als verantwortungsbewusstes Unternehmen verzichten wir auf eine automatische Entscheidungsfindung oder ein Profiling.